

Halleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 549.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Verleger: Die Halle und Querfurt 240 Str., durch die Post bezogen 9 Str. für das Vierteljahr. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Preis: Halleischer Courant (eig. Beilagenbeibl.) 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeibl.) 20. Witzblätter.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die festgesetzte Anzeigenliste über deren Raum für Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. — Stellen am Schluss des reaktionellen Teils die Seite 100 Pfg. Einzeigenahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Anzeigenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62
Telephon 155 u. 158; Nebentelephon 1272.
Korrespondent: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Freitag, 22. November 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Kurfirst Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Selbstverwaltung und Staatsaufsicht.

Als vor einigen Jahrzehnten das hundertjährige Jubiläum der preussischen Städteordnung gefeiert wurde, da erklang aus ungezählten Festartikeln und Festreden das Lob der Selbstverwaltung. Die Erfolge, die Bürgerin und Bürgerfähigkeit auf allen Gebieten des kommunalen Lebens erzielt hätten, wurden in allen Tönen gepriesen. Nun ist es ja unzweifelhaft, daß die Entwicklung, die unsere größeren und auch ein Teil der kleineren Gemeinden im Laufe des letzten Jahrhunderts genommen hat, eine ganz gewaltige gewesen ist. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß diese Entwicklung zum erheblichen Teile dem Parlament, welche von diesem Gemeinwesen angestellt worden sind, zu verdanken ist; immerhin ist wohl anzuerkennen, daß vielfach Bürger ihre Erfahrung und ihre Kräfte willig und selbstlos in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben und mit großem Eifer für die Gesamtheit tätig gewesen sind. Und wenn auch auf der anderen Seite jenseits Engherzigkeit gegenüber den gestellten Aufgaben und zu starke Betonung der eigenen gegenüber den allgemeinen Interessen erkennbar hervorgetreten sind, wird man im allgemeinen doch sagen müssen, daß die Mitwirkung von „Laien“ in der Selbstverwaltung sich als eine recht segensreiche Einrichtung bewährt hat. Es wäre deshalb auch gegen eine Verherrlichung der Selbstverwaltung in Wort und Schrift aus Anlaß des erwähnten Jubiläums nichts einzuwenden gewesen — bei einer solchen Gelegenheit ist man ja an Ubertreibungen, namentlich in unserer Zeit, gewöhnt.

Was aber ungerichtet war und was namentlich auch bei einzelnen Festrednern unangenehm auffiel, das waren die Angriffe, die bei dieser Gelegenheit gegen die Staatsaufsicht gerichtet wurden. Sie wurde als die Quelle alles Bösen und als die Feindin jeden Fortschritts hingestellt. Dabei wurden Einzelfälle idiosyncrasisch und außerordentlich übertrieben. Nur ist gewiß die Staatsaufsicht mit vollem Recht da einzuschreiten, wo die Behörden der Selbstverwaltung, namentlich die Stadtverordnetenversammlungen, das Gebiet der kommunalen Verwaltung verlassen und sich der hohen Politik zumwenden. Auch hat sie hemmend da gewirkt, wo zugunsten von Einrichtungen für die Gegenwart die Beschaffung einer zu großen für die Zukunft zu werden schien. Es mögen auch hier und da Einzelfälle vorgekommen sein, wo ein solches „Bremsen“ nicht wohl gerechtfertigt war. Jenseits gegenüber stehen aber die unzählbaren Fälle, in denen die Staatsaufsicht fördernd und helfend vorgegangen ist, ja in denen ohne ihre Anregung und Unterstützung an die Fortschritte, die nachher als Erfolge der Selbstverwaltung hochgepriesen worden sind, gar nicht zu denken gewesen wäre. Von dieser Wirklichkeit der Staatsaufsicht ist mit keinem Worte die Rede gewesen. Da die einzelnen Fälle sich meist unter dem Siegel des Amtsgeheimnisses abspielten, erfährt das große Publikum von ihnen nichts, oder wenn es etwas davon erfährt, so achtet es in der Regel nicht darauf.

Gerade in letzter Zeit hat sich aber weiteren Kreisen erkennbar gezeigt, wie wünschenswert für sie das Vorgehen der Staatsaufsicht wirken kann. Als sich im Sommer dieses Jahres wieder das Gespenst der Fleischsteuer zeigte und die Fleischpreise im Kleinhandel namentlich in den Großstädten bedenklich zu steigen begannen, da blieben die meisten Stadtverwaltungen dieser wirtschaftlichen Erscheinung gegenüber tatsächlich untätig. Einzelne räudliche Ausnahmen fanden statt. Eine solche machte auch die Stadt Halle. Hier griff man energisch ein, organisierte den Fleischkauf im großen und Verkauf im kleinen, legte ihn auch trotz mannigfacher Widerstände und Schwierigkeiten durch und — hatte Erfolg. Die große Mehrzahl der Stadtverwaltungen aber tat nichts Wirksames, sondern beschränkte sich auf die Annahme von Resolutionen, deren Erfolglosigkeit von vornherein klar war. Erst als die Staatsregierung von auffichemegen die Stadtverwaltungen zum eigenen Vorgehen nach dem Beispiele der wenigen Gemeinden, die ebenso wie Halle von selbst praktische Schritte getan hatten, anregte und ihnen verschiedene Unterstützungen zuteil werden ließ, da kam die Sache in den meisten großen und in benachteiligten kleineren Gemeinden, in denen sich ein Bedürfnis herausstellte, in Fluß. Und

ging auf einmal, wenn auch manchmal, wie bekanntermaßen in Berlin, erst nach Beilegung von Widerständen.

Achtlich wie bei der Fleischsteuerung ist es aber auch auf vielen anderen Gebieten des kommunalen Lebens gewesen. Wie oft ist die Sebung des Schulweizens, die Verbesserung der sanitären Einrichtungen, die Übernahme von gewinnbringenden Betrieben durch die Kommune nur auf Anregung und durch Unterstützung seitens der Staatsaufsichtsbehörden mit Rat und Tat zustande gekommen! Deshalb sollte man die Staatsaufsicht nicht nur als schlecht machen, sondern auch des Guten gedenken, das sie mit der Selbstverwaltung zustande gebracht hat. Somit entsteht auch bei ganz wohlmeinenden Leuten eine völlig falsche Meinung über ihr Wesen und eine unbegründete Gegnerschaft gegen ihr Bestehen überhaupt; ja, es kommen so sonderbare Dinge zutage, wie seiner Zeit der Reichstag der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung, die eine an sich sehr zweckmäßige Sache, nämlich die Festsetzung eines gleichen Steuerzuschlages für alle Gemeinden von Groß-Berlin, nur deshalb ablehnte, weil sie von der Staatsaufsichtsbehörde vorgelegt sei!

Auch sind schon Stimmen laut geworden, die bei der zukünftigen Verwaltungsreform die Staatsaufsicht ganz beiseite oder in die engsten Formen einschließen wollen. Das läge aber weder im Interesse der Bürger noch der Kommunen selbst, namentlich nicht der kleineren, die so oft bei den Staatsaufsichtsbehörden einen feinen Rückhalt gefunden haben. Sollte man Selbstverwaltung und Staatsaufsicht bestehen, dann werden sie, wo nur die richtigen Personen vorhanden sind, auch gut arbeiten.

von Berder-Sagisdorf.

Zum Fall Prochaska.

Während wir noch in unserer getrigen ersten Morgenausgabe auf die scharfe Zustimmung des österreichischen Staatsrats hinweisen konnten, löst nach den neuesten über Wien hierher gelangten Nachrichten Serbien noch in allerlester Stunde den einmütigen Vorschlag der Großmächte Rechnung tragen und einleiten zu wollen. Zunächst kommt aus amtlicher österreichischer Quelle die Nachricht, daß die Regierung die volle Respektierung der dem Anstalt nach internationalen Brauch zukommenden Creditrechte für das gesamte von der österreichischen Armee neu okkupierte Gebiet beschlossen habe. Allen Anzeichen nach haben die sehr bestimmten Vorstellungen Englands und Frankreichs in Belgrad, von denen der Draht heute meldete, in dieser Richtung erfolgreich mitgewirkt. Aber auch in dem besonderen Falle des österreichisch-ungarischen Staatsrats Prochaska scheint die österreichische Regierung nun endlich den dringlichen Vorstellungen des Generalen v. Hagen Gehör schenken zu wollen. Nach übereinstimmenden Nachrichten soll Ministerpräsident Balthus Seru v. Hagen mitgeteilt haben, daß die österreichischen Militärbehörden der Entsendung eines Abgesandten des österreichisch-ungarischen Ministeriums zur Aufklärung der Affäre des österreichisch-ungarischen Staatsrats Prochaska nach Belgrad keine Hindernisse mehr in den Weg lege. Gleichzeitig kommt auch aus Wien die Nachricht, daß der mit der Mission, betraute Anstalt Ebel nach Pest abgereist sei. Im übrigen aber fehlen noch zuverlässige Nachrichten über das Schicksal des vermissten Staatsrats. Nach einer Nachricht aus Semlin vom 20. November verlautet dort, daß die

grauame Ermordung des Staatsrats Prochaska in Belgrad sich nunmehr bestätigte, und daß sämtliche Akten des Anstalts des Staatsrates nicht verbrannt, sondern eingehalten seien.

Wiener Zeitungen melden, daß der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“, welcher beabsichtigt hatte, an Ort und Stelle nach dem Verbleib des Staatsrats Prochaska Erkundigungen einzuziehen, in Ruß abgehalten und zur schleimigen Unternehmung gezwungen worden sei. Weiterhin ist auch, daß jede direkte Nachricht von dem Vermissten fehlt, obwohl von Belgrad aus versucht wird, den Glauben zu erwecken, daß der Staatsrat am Leben sei und sich in Sicherheit befindet. Während der letzte amtliche Bericht des Staatsrats an seine Regierung aus dem Trober datiert, ist als einziger Lebenszeichen von ihm am 20. eine vom 8. November in Belgrad aufgenommene Ansichtskarte bei der Mutter des Anstalters, der Anstalterswitwe Frau Dr. Prochaska in Brünn, eingetroffen, die nach dem „Allgemeinen Wiener Extrablatt“ wie folgt lautet: „Beute erste Belgradskarte. Ich mit verblicher Militärpost Nachricht von meinem Wohl befinden zu senden. Bitte diese Karte zu bestätigen. Alle Zeit abgeben und an dem oben in Briefe werden selbstverständlich geleitet. Bitte dies zu berücksichtigen. Bitte, Dskar.“ Nach einer anderen, wohl über Belgrad dorthin gelangten Wiener Zeitungsmeldung soll Prochaska einen Urlaub angetreten haben und mit einem Geleitsschreiben und unter militärischer Bedeckung nach Pest unterwegs sein. Der Vollständigkeit halber sei auch noch eine Meldung der „Stamma“ verzeichnet, wonach Staatsrat Prochaska die verblichenen militärischen Nachrichten dadurch brüskiert haben soll, daß er sich erst am 13. Tage nach dem Einzug der verblichenen Truppen in Belgrad dem General Fankulstich vorgezeigt habe.

Wie das „Extrablatt“ erfährt, will die österreichische Regierung den demontierten Beweis in Händen haben, daß Prochaska die Pflichten der Neutralität verletzt und die Anstalten gegen die Serben aufgereizt habe. Nach einer anderen Wiener Zeitungsmeldung wird von serbischer Seite behauptet, daß aus dem Hause des Staatsrats Schiffe auf die eingehenden serbischen Truppen abgehen werden seien. Daß diese Angaben gegenüber den aus einwandfreien Quellen stammenden Nachrichten über die von den Serben verübten Gräueltaten dem größten Mißtrauen begegnen müssen, ist wohl selbstverständlich. Um so mehr, wenn man in Erwägung zieht, daß der jetzt dreifache Staatsratbeamte sich mit Ausnahme eines zweijährigen Aufenthalts in Monarist seit zehn Jahren in Belgrad befindet und daher mit Land und Leuten wohl vertraut sein dürfte. Hoffentlich gelangt es dem Abgesandten des österreichischen Ministeriums, volle Aufklärung in die Sachlage zu bringen, an der ja Deutschland auch insofern ein starkes Interesse hat, da der österreichische Staatsrat zugleich dort die Interessen der deutschen Reichsangehörigen ebenso wie die der Italiener, mangels eigener konsularischer Vertreter wahrzunehmen hatte.

Nach allem, was vorangegangen ist, ist allerdings zu befürchten, daß die serbischen Militärnachrichten, denen gegenüber sich die Belgrader Regierung vollkommen machtlos gezeigt hat, auch weiterhin der notwendigen Klarstellung den größten, zum mindesten positiven Widerstand entgegen setzen werden. Es muß deshalb von sämtlichen interessierten Großmächten mit aller Energie darauf hingewirkt werden, daß für diesen ostentativen Völkerverstoß die vollste Genugtuung geleistet wird. Serbien aber wird sich nicht wundern können, wenn bei dem ernüchterten Friedensschluß auf dem Balkan die Regierungen, zumal der zunächst interessierten Nachbarstaaten, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Serbiens Expansionsgelüste solange ein Riegel vorgehoben wird, bis es aeseht hat, daß es willens und fähig ist, die Pflichten zu erfüllen, die Völkerverrecht und Sitte von einer europäischen Kulturkulturation fordern.

Kurt S. C. Felsch.

Die Türkei lehnt ab, der Krieg geht weiter!

Der kurze Waffenstillstand ist zu Ende, der Kampf geht weiter — das ist der lafonische Inhalt zweier uns heute in früher Morgenstunde vorliegenden Depeschen. So kurz der Inhalt, so folgenreicher ist er. Die Türkei hat die ihr von den vier Balkanstaaten gestellten Bedingungen, die einen Verzicht auf die ganze europäische Türkei, ausgenommen Konstantinopel, forderten. Die Türkei hat bereits ihrem Generalissimus Nafim-Bajda Anweisung erteilt, den Kampf fortzusetzen. Da die Türken infolge ihres erfolgreichen Kampfes an der Frontalabschluslinie neuen Mut geschöpft haben, ist auf eine Fortsetzung des Blutkrieges zu rechnen, wenn nicht die Großmächte ein Reto einlegen.

Die Friedensbedingungen abgelehnt!

Die Worte hat die bulgarischen Vorschläge nicht angenommen. Nafim-Bajda erhielt Anweisung den Kampf fortzusetzen.

In den von den vier Balkanstaaten gestellten Bedingungen für einen Waffenstillstand und Friedensschluß wurde der Verzicht auf die ganze europäische Türkei, Konstantinopel ausgenommen, verlangt.

Wie vorauszu sehen war, hat sich die Türkei nicht dazu entschließen können, die Bedingungen des Balkanbundes für einen Waffenstillstand anzunehmen. Der geringe Ministerrat hat vielmehr auf Grund des Berichtes des Generalissimus beschlossen, den Krieg weiter fortzusetzen. Die letzten Erfolge der Türken auf der Thakatalabschluslinie, die den Mut der demoralisierten Truppen wieder neu entfachten, dürften bei diesem Beschluß des Ministerrats einen maßgebenden Faktor gebildet haben. Die Wiederannahme der Feindseligkeiten, die während einer kurzen Zeit ausgesetzt wurden, dürften daher für die nächsten Stunden zu erwarten sein.

In auf untröstlichen bulgarischen Kreisen wollte man davon überzeugt sein, daß der Abschlus

eines Waffenstillstandes nur noch eine Frage von Stunden wäre und der Krieg vor seinem Ende liege. Wie man wissen wollte, seien die durch die Presse gelangenen Friedensbedingungen des Balkanbundes nicht richtig. Die Vorkläge des Balkanbundes wären durchaus nicht so strenger Natur, sie seien vielmehr so abgemildert, daß die Forderungen eventuell im Laufe der Verhandlungen heruntergesetzt werden könnten. Es wurde daher auch auf das Bestimmteste erwartet, daß eine Einigung zustande komme.

Frankenrische Vorkläge bei der Porte.
Wie der 'Temps' meldet, hat die französische Regierung, um Gewissheiten der Mohammedaner gegen die christliche Bevölkerung der Türkei vorzubringen, den türkischen Botschafter in Paris darauf aufmerksam gemacht, daß Frankreich in seiner Eigenschaft als Schutzmacht der christlichen Bevölkerung im Orient die Porte in vollem Maße für alle Repressalien gegen diese verantwortlich machen müsse. Die Worte wurde erwidert, strenge Maßnahmen zu ergreifen, um die drohenden Unruhen im Keime zu ersticken. Der französische Botschafter in Konstantinopel hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, in diesem Sinne bei der Porte gleichfalls vorstellig zu werden.

Aufständische Zutrittigkeit.
Der Wiener 'Zeit' wird von besonderer Seite aus Budapest gemeldet: In dieser kritischen Woche dürfte der heutige Tag als Tag besonders kritisch angesehen werden, ein völliger Umschwung der Situation hat sich über Nacht vollzogen. Während die Verhandlungen mit Serbien, von dem hauptsächlich die Gefahr einer Friedensstörung zu dröhen schien, nach wie vor einen ziemlich günstigen Verlauf nehmen, hat sich unser Verhältnis zu Auland wesentlich verschlechtert. Die Masken sind gefallen: die freundschaftlichen Versicherungen des Herrn Sazonow haben sich angelehnt des Ernstes der Situation als leere Fabelchen erwiesen. Es steht fest, daß der russische Gesandte in Belgrad, Herr v. Hartwig, nicht nur nach wie vor gegen Oesterreich-Ungarn arbeitet, sondern dies auch mit Zustimmung seiner Regierung tut. Herr v. Hartwig durchkreuzt alle unsere Unternehmungen in Belgrad. Die serbische Regierung an sich wäre vernünftigen Erwägungen zugänglich. Solange unser Gesandter Herr v. Ugron mit dem serbischen Ministerpräsidenten Potisky allein spricht, nehmen die Verhandlungen einen ganz guten Verlauf. Dann greift aber immer wieder der russische Gesandte in Belgrad ein und weiß die serbische Regierung zu Unnachgiebigkeit zu bestimmen. So war es auch bei der letzten Demarche, die der österreichisch-ungarische Gesandte bei dem serbischen Ministerpräsidenten unternahm. Die Folge ist, daß wir mit Serbien, nachdem schon ein Antrag zur Einigung gemacht war, jetzt wieder dort stehen, wo wir Anfang dieser Woche gestanden haben. Der Unterschied ist nur der, daß man sich jetzt über den Grund des serbischen Widerstandes klar geworden ist. Nicht in Belgrad, sondern in Petersburg ist der Gegner aller friedlichen Bestrebungen unserer Regierung zu suchen. Diese nicht gerade erfreuliche Nachricht hat sich im Laufe des gestrigen Vormittags in Budapest eingeweihten politischen Kreisen verbreitet. Auch der Kaiser soll den Personen gegenüber, die er empfangen hat, sich sehr ernst geäußert haben.

Scharmügel zu Wasser.
Der türkische Kreuzer 'Hamidie', der im Schwarzen Meer auf der Höhe von Corcos operierte, wurde von sechs bulgarischen Torpedobooten angegriffen. Gerüchthweise verlautet, daß er zwei Torpedoboot zum Sinken gebracht hat. Aus Varna kommt die Nachricht, daß ein bulgarisches Torpedoboot auf der Höhe von Varna und Madarna die alte türkische Fregatte 'Mahmudieh' zum Sinken gebracht habe.

Christliche Erlöse.
Der griechische Kronprinz telegraphierte unter dem 20. d. M. aus Varna: Nachdem meine Arme die Bässe von Korinthos und Kiriliden überdrückt hatte, entwickelte sie sich auf der Linie Zobraani-Morina und besetzte diese letzte Stadt. Die türkische Arme, die bei Monastir von den Serben angegriffen und von der Verbindung mit Mesina abgeschnitten wurde, zog sich in Uordnung auf Florina zurück. Ich habe heute diejenigen, die nicht mehr Zeit hatten, sich zurückzuziehen, abgefangen. Eine große Menge Munition und Kriegsmaterial fiel in unsere Hände. Die Zahl der Tieren die sich auf Florina zurückgezogen hat, beläuft sich auf 30 000 Mann.

Türkische Verwirrung.
Außer der jungtürkischen Verwirrung soll unter dem Sadias in Istanbul eine andere bestanden haben, um Abdül Hamid wieder auf den Thron zu bringen. Man behauptet, die jungtürkischen Minister hätten Millionen, die zu militärischen Zwecken bestimmt gewesen seien, dazu verwendet, die Organisation ihrer Partei auszubauen und zu unterhalten. Darin läge ein hauptsächlichster Grund für die mangelhafte Ausrüstung, Ausbildung und Organisation des Heeres. Die Unterbindung wegen dieser Zustände dauert an. Marschall Gogi Wukhtar trägt alle Schuld auf die Jungtürken.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Serbien.
Wie die 'Norddeutsche Allgemeine Zeitung' meldet, hat die serbische Regierung in Berlin amtlich mitteilen lassen, daß sie die Rechte der Konsuln in dem Umfange, wie sie bisher bestanden, in dem von Serbien bestellten Gebiet anerkennen, und daß sie sich mit der Entsendung eines österreichisch-ungarischen Kommissars nach Belgrad einverstanden erklärt hat.

Die Neue Freie Presse' erhielt aus Belgrad ein vom 17. November nachmittags datiertes Telegramm des Konsuls Prochaska, in dem dieser mitteilt, daß er sich wohl befindet und nun nach Vukobradere ist. Der österreichisch-ungarische Gesandte v. Ugron hatte in den letzten Tagen wiederholt Gelegenheit, in

serbischen Ministerium des Außenber boraufzutreten und mit dem Ministerpräsidenten Potisky zu konferieren. Gegenstand dieser Besprechungen war insofern seit dem 10. d. Mts. nicht mehr der Standpunkt Oesterreich-Ungarns in der absonderlichen und in der Frage des Adriatischen, auf welchen die serbische Regierung bisher noch keine Antwort gegeben hat. Der österreichisch-ungarische Gesandte interpretierte vielmehr ausschließlich im Interesse der österreichisch-ungarischen Konsulate, welche in den von serbischen Truppen besetzten Gebieten etabliert sind.

Die Ausführungen des österreichisch-ungarischen Ministers des Außenber waren Beschloß in den Besprechungen haben in den serbischen Kreisen die ernstliche Bestätigung gefunden. Sie trugen in hohem Maße zur Verstärkung des Eintrudes bei, daß in der absonderlichen Frage nicht nur unter den Mächten des Dreieckes die volle Einmütigkeit herrsche, sondern daß auch die Exponenten ernstlich gewillt ist, diese Frage unter keinen Umständen zu einem europäischen Konflikt ausarten zu lassen. Diese Erkenntnis beginnt ihre bezugnehmende Wirkung auf die 'Freie Presse' öffentlich zu zeigen. Die Meinung auszubringen, selbst in lebenden serbischen Kreisen gewinnt langsam die Zustimmung an Boden, daß das starke Festhalten an der ursprünglich von serbischer Seite ins Auge gefaßten Lösungsforn der Hofenfrage unter dem obwaltenden, immer offenkundiger zu Tage tretenden Meinungs-umschwung in der europäischen Öffentlichkeit keine zuverlässige Gewähr für die Befriedigung der serbischen Wünsche und der serbischen Interessen liege. Allerdings muß festgestellt werden, daß das Schwergewicht der Staatsgemalt augenblicklich nicht in Belgrad, sondern im Hauptquartier des Oberkommandos liegt, und daß ein gründlicher Meinungsumschwung wohl erst nach Beendigung der militärischen Operationen in Aussicht gestellt werden kann.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser wird nach Rückkehr von der Vermählungsfeier in Danauwungen am 2. Dezember seiner Kammer, der Großherzogin-Witwe Luise von Baden, die am 3. Dezember ihren 74. Geburtstag begeht, auf Schloß Baden einen Gratulationsbesuch abtellen. Vormittags legte das Kaiserpaar am Sockelplatz der Kaiserin Friedrich, deren Geburtstag gefeiert wird, einen Kranz nieder.

* Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 20. November folgenden Entwürfen die Zustimmung erteilt: dem Etat des Reichsmilitärgerichts, dem Etat des Allgemeinen Pensionsfonds, dem Nachtragsetat für das Reichswehr für 1912, dem Etat des Reichswehres für 1912, dem Nachtragsetat für das Reichs-Kolonialamt für 1912, dem Nachtragsetat für das Reichs-Postamt für 1912, dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsetat der Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1912, dem Etat des Reichs-Kolonialamtes für 1912, dem Etat der Schutzgebiete ausschließlich Kaufkraft für 1912, dem Hauptetat der Schutzgebiete für 1912, dem Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung für 1912 und Nachtragsetat für 1912, dem Etat der Reichs-Kolonialämter für 1912 und Nachtragsetat für 1912, dem Etat der Reichs-Kolonialämter für 1912, dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsetat des Reichshaushalts für 1912 und dem Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Reichshaushalts für 1912.

* Der sächsische Kultusminister lehnte es ab, die freisinnige Interpellation über die Lehramtsregelungen in der zweiten Kammer zu beantworten. * Der Gesetzentwurf für den Landtag. Wie verlautet, wird ein Gesetzentwurf über eine Neuregelung des sächsischen und sächsischen Landtags vorbereitet. Voraussichtlich wird der Entwurf dem neugedachten Landtage vorgelegt werden. Es ist anzunehmen, daß für das Landtag in den Städten die Einrichtung von Schlichterstellen in Frage kommt. Für das sächsische Landtag würde die Anstellung allgemeiner Grundbesitzer für die Abfertigung gewisse Schwierigkeiten geben, in Betracht kommen.

* Sepsis widerrist. Die Redaktion der 'Daily Mail' erhielt auf Anfrage beim Grafen von Zepeloff die Antwort, daß seines keine Aussicht auf Besserung in der Nacht vom 14. Oktober der englischen Küste zu nahe gekommen sei. — Was, wie sofort vermutet, wieder einmal blinder Alarm in England!

Ausland.

Kaiser Franz Josef.

Kaiser Franz Josef ist gestern nachmittags nach Wien abgereist. Die an der Berliner Börse verbreiteten Gerüchte über eine Enttarnung des Kaisers sind vollständig unbegründet.

Der dritte Chronofloger in Oesterreich.

Die bereits erwähnte Geburt eines Sohnes des Erzherzogs Karl Franz Josef ist von besonderer Bedeutung. Das Kind ist ein zünftiger Chronofloger, da er nach dem Erzherzog Franz Ferdinand, dessen Kinder bekanntlich nicht nachfolgeberechtigt sind, und nach seinem Vater Karl Franz Josef Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn werden wird. Die Ehe zwischen dem Eltern des jungen Prinzen, der ein Neffe des sächsischen Königs ist, wurde am 21. Oktober 1911 auf Schloß Schwarzau in Nieder-Oesterreich im Beisein des Kaisers geschlossen.

Der Sarewitsch unheilbar krank?

Die Krankheit des Sarewitsch, die in tuberkulöser Coxitis und Haemophilie besteht, schließt die Hoffnung auf eine sichere Heilung aus. Jedemfalls wird der Sarewitsch jede physische und geistige Anstrengung vermeiden müssen, wodurch sein Wundheilung gehindert wird. Die Chronofloger bildet daher in Jaroslaw, Berlin der Gegenwart eingehender Besprechungen. Eine Entscheidung ist insofern nicht erfolgt. Wenn die Diagnose unannehmbare zutrifft, leidet der Sarewitsch an zwei an sich voneinander unabhängigen Krankheiten, Knochenüberwucherung und Haemophilie. Die Meldung der 'Daily Mail', das Befinden des Chronoflogers habe sich verbessert, kann nicht offiziell als reifere Erfindung bezeichnet. Der Gesundheitszustand des Chronoflogers habe sich bedeutend verbessert.

Die Luftschiffahrt.

Zwei Tobsüchte.

Der französische Luftschiffahrer Rieger Laurent ist gestern in Chamoux aus hundert Meter Höhe abgestürzt. Sein Zustand ist hoffnungslos. Der ihn begleitende Flugzeugführer wurde leicht verletzt. Kurze Zeit nach dem Absturz verstarb Laurent.

Der Rieger flog in die Höhe mit einem Flug mit einem Eindecker tödlich abgestürzt.

Aus Nah und Fern.

Im Sogebirge verunglückt? Im Innsbruck ist bekannt geworden, wie man von dort telegraphiert hat, daß ein Herr aus Norddeutschland namens Dr. Nagul von einer bereits am Dienstag unternommenen Tour auf der Weisberg nicht mehr zurückgekehrt ist. Eine Rettungsoperation ist bereits abgelehnt.

Wichtigste Neuigkeiten. Bei der Revision des eigenen Depots der Berliner Discontogesellschaft wurde gestern festgestellt, daß ca. 20 000 M. preussische Kronen fehlen. Verdächtig ist der Bankbeamte Heinrich Schürmann, geb. am 7. August 1883 in Delbe, Kreis Westum. Bei seiner Entlassung aus der Bank war er mit einem großen Abrechnungsbeleg bedeckt und legte einen Haas Briefe mit Fingerringen, gelagerte in Tempelhof Historikarthe; sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt. Schürmann hat sich bei Joannin als Flüchtling ausbilden lassen. Von einer Bank in Tempelhof hat er eine halbe Stunde nach der Revision 7000 M. abgehoben, angeblich, weil er diese Summe zum Ankauf eines Flugapparates brauchte. Schürmann ist 1,80 Meter groß, schlank, dunkelblau, hohe Stirn, enge Schürmann, harte Augenbrauen, gelagerte Nase; sein Gang ist 'modisch'. Auf die Ergreifung Schürmanns ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden.

Verkränkt. In der Giechereianlage eine Hüfte zu Wälzstein (Kuh) klappte eine mit flüssigem Eisen gefüllte Flamme ein, wodurch das Gebäude in Brand geriet wurde. Ein im Dachstuhl befindlicher Pfahler Arbeiter wurde von dem Flamme ergriffen und verkränkt so schwer, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Bei der Strömungskasse zu Solingen wurden unregelmäßigkeiten festgestellt, die zur Verhaftung des Rentkauten führten.

Wahlkreisreform in dem neuen Weimarer. Infolge hohen Wahlergebnisses in dem neuen Weimarer Wahlkreis abermals ein Ersatzwahlrecht und Wahlkreisreform gefordert. Ein ernstlicher Schaden angeht. Das Weimarerwahlrecht blieb jedoch unberührt.

Bergmannsloos. Auf dem Unionsplatz der Dug-Bodenbacher Bahn bei Paffanau in Westfalen wurden drei Arbeiter verunglückt. Einer von ihnen riet fünf Stunden lang um Hilfe, doch war es unmöglich, so ihm zu bringen, so daß dieser erstirbt. Die Verunglückten hinterlassen ganz junge Kinder.

Großes Schichtenfeuer. In der Maschinenbauanstalt 'Gum. hold' in Hall am Rhein entzündete gestern nach ein großes Schichtenfeuer, zu dessen Bewältigung die ganzen Wälschläge der Hölzer Feuerwehre ausrußen mußten. Nach mehrstündiger, angelegelter Arbeit konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Verunglückte sind glücklicherweise nicht zu Tage kamen, doch ist der Materialschaden groß. Er soll 800 000 Mark betragen, die aber durch Versicherung gedeckt sind.

Ein Fall von schweren Fäden in der Mark. Aus Frankfurt a. D. Ober wird gemeldet: An schwarzen Fäden verkränkt ist die Arbeiterin Maria Kuebler, die in einer Feder-Weinungsanstalt zu Halle a. S. beschäftigt ist und verumlicht dort durch den Fäden einen Hals- und Kehlkopf erkrankt wurde. Die Kranke fand Aufnahme im hiesigen Krankenhaus, die Wölger hat umfangreiche Vorforschungen angestellt, um eine Weiterverbreitung der Fäden zu verhindern.

Ein Tobsüchtiger. Das Schwurgericht zu Weh beurteilte den 27-jährigen Bergmann Johann Weisbach aus Märgen wegen Mordes an dem Bergmann Neufährer und Verkränkung an dem Bahnamt Schmitz, beide aus Märgen, zu 20 Jahren, zu acht Jahren Zuchthaus und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Für 200 000 Mark Gold gelöst. Ein gemeinnütziger Geld-Verdicht auf einen österreichischen Dampfer der Route Triest-Alexandrien wird aus Triest gemeldet. Der Dampfer 'Seluan' hatte 40 000 Pfund Gold an Bord, die von englischen Bankern an spanische Banken gelandt wurden. Als Bankier in Alexandria die Bankier öffnete, fand man, angeblich die Bankier unterzeichnet, in einem Kasten des Goldes viel. Die Bankier mit viel gefüllten Kisten hätten Gold für 200 000 Mark erhalten sollen. Der Dampfer sollte nicht angekommen werden; doch trifft den Oesterreichischen Dampfer keine Schuld, da nachweisbar der Diebstahl schon vor dem Verladen auf die 'Seluan' erfolgt sein muß.

Tragischer Tod des russischen Fürsten Wjatskomi. Der erste Sohn der russischen Kaiserin in Sankt Petersburg, ein ausgesprochenes Tobsüchtiger. Dem Fürsten gelitten drei künstliche Zähne in die Luftströme und von dort durch die Bronchien in die Lungen. Eine Operation war unmöglich, und der Anglistische war nicht mehr zu retten.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Unfälle-Chronik.
Der Arbeiter Hermann aus Hohenknecht schlugte im Speicher der Firma Barth und Sohn zu Gitterweide aus beintraglicher Höhe ab und erlitt einen Schädelbruch, der seinen baldigen Tod herbeiführte.

M. Gitterweide, 21. Nov. (Diamantene Hochzeit.) Auf einen 60-jährigen glücklichen Ehestand konnte dieser Tage Herr Amstutz Müller ein Gemahl zurückblicken. Viele Jahre hat das Jubelpaar auf der nahen Domäne Straußburg verbracht. Beide Ehegatten erfreuen sich noch großer Mithilfe. Amstutz 21. ist Ehrenbürger der Stadt.

Letzte Telegramme.

Die Arbeit des Bundesrats.
Berlin, 22. Nov. Der Bundesrat will noch einmal am Donnerstag und allenfalls am Dienstag nächster Woche Sitzungen abhalten, um vor dem Zusammentritt des Reichstages verschiedene Vorfragen zu erledigen.

Kämpf wieder Reichstagspräsident?
Berlin, 22. Nov. Für die Wiederwahl des Abgeordneten Kämpf zum Präsidenten des Reichstags tritt auch der rechte Flügel der Nationalliberalen, der altnationalliberale Reichsverband, ein.

Prof. Gerner Nachfolger Schmalers.
Berlin, 22. Nov. Die philosophische Fakultät der Universität hat gestern dem Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg, Heinrich Gerner, als Nachfolger des am 1. April n. J. von seiner Lehrtätigkeit zurücktretenden Professors v. Schmalers berufen. Gerner hat dem Ruf angenommen.

Marine-Ordnung.
Gedenkreuz, 22. Nov. Um ein Geism für ehemalige Angehörige der Marine zu erheben, will der Deutsche Flottenverein ein größeres Gelände ankaufen, das teils für die Gebäude, teils für einen Park verwendet werden soll.

Der Krieg auf dem Balkan.
Konstantinopel, 21. November. Die Presse vertritt folgendes Kommuniqué: In Anbetracht dessen, daß die vorgeschlagenen Bedingungen für unannehmbare befunden worden sind und daß der türkische Generalissimus beauftragt worden ist, über die Bedingungen des Waffenstillstandes zu verhandeln, wurde diesem die Weisung erteilt, daß wenn die Delegierten der kriegführenden Staaten ermächtigt sind, die Bedingungen abzuhandeln, er mit diesen die Verhandlungen über annehmbare Bedingungen fortsetzen kann. Bis zur Vorlegung angemessener Bedingungen wird der Krieg fortgesetzt werden müssen.

